



Besuch von Annegret Kramp-Karrenbauer in Würzburg

#ZukunftOhneCDUCSU

Heute werden die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp Karrenbauer, Generalsekretär Paul Ziemiak, Fraktionsvorsitzender Ralph Brinkhaus und CSU-EU-Abgeordneter Manfred Weber im Congress Centrum Würzburg die Jahresversammlung der "Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU" (KPV) besuchen, die unter dem Motto "Dezentral. Regional. Kommunal." steht.

Als FFF Würzburg sehen wir die deutsche Klimapolitik sehr kritisch und wollen in diesem Kontext dieser Gelegenheit noch einmal darstellen, welche große Rolle die Unionsparteien und damit eben gerade diese Führungskräfte in dieser gespielt haben und spielen.

Seit 14 Jahren stellen die Unionsparteien als stärkste Regierungsfraktion die Bundeskanzlerin und bestimmen die bundesweite Politik maßgeblich mit. In dieser Zeit ist die Klimakrise von einem scheinbar entfernten Schreckensszenario, zu der unmittelbaren Bedrohung unserer Lebensgrundlagen fortgeschritten, die sich zu verselbstständigen droht.

Es waren Verkehrsminister der Union, die eine Abkehr vom autozentrierten Verkehr verhinderten, während in anderen Ländern fahrradfreundliche Städte und massentauglicher ÖPNV und Bahnnetze entstanden.

Die Agrarminister*innen von CDU/CSU stehen für die Interessen internationaler Lebensmittelkonzerne und der Forstwirtschaft und nicht für die von regionalen Biobauern und die Erhaltung der Ökosysteme.

Die derzeitige Verteidigungsministerin strebt offen an, den Militärshaushalt auf 2% zu erhöhen - Investitionen in Krieg und damit auch einen massiven Ausstoß von Treibhausgasen, deren Senkung wir für die Klimawende eigentlich erreichen müssten.

Vor allem aber hat es die Union geschafft, die Energiewende, ein florierendes deutsches Exportmodell zur Förderung dezentraler, CO2-freier Energiewirtschaft, völlig zur Stagnation zu bringen. Dabei wurde nicht nur zunächst die deutsche Solarindustrie kaltblütig geopfert wie jetzt auch die Windindustrie - Nebenbei wurde durch die Missgestaltung der EEG Umlage auch noch der Strompreis in Deutschland auf Rekordhöhen getrieben.

All diese Systeme, haben die Unionsparteien während ihrer Regierungszeit auf Kosten der Verbrauchenden und zu Gunsten internationaler Großkonzerne geschützt und gefördert. Nun besitzen sie die Frechheit zu behaupten, die Wende hin zu einem zukunftsfähigen Umwelt-und Klimaschutz, wäre aufgrund fehlender Alternativen zu aufwändig, zu teuer und nicht möglich.

Wir fordern: Einen völligen Neustart der Klimapolitik zugunsten aller. Günstiger und zuverlässiger Massentransport statt motorisiertem Individualverkehr mit Öl aus autoritären, kriegstreibenden Regimes. Dezentrale erneuerbare Energien mit Bürger*innenbeteiligung, dort wo die Energie auch gebraucht wird, anstatt der unnützen Erhaltung der fossilen Energiewirtschaft. Und vor allem, eine Klimapolitik, die den fairen Beitrag zum selbstunterschriebenen 1,5 °- Ziel einhält. Das sollte der Grundstein für eine soziale und zielführende Klimapolitik sein, für deren Verwirklichung eine Partei, die sich so gerne und häufig auf christliche Werte stützt, eigentlich sorgen sollte. Denn auch unsere Lebensgrundlagen wollen bewahrt werden - nicht nur die Profite der Großunternehmen.

Wenn wir eine Zukunft mit vernünftiger Klimapolitik wollen, ist das, solange die Union den Kurs ihrer Klimapolitik nicht ändert, auch eine #ZukunftohneCDUCSU.

Fridays For Future Würzburg